

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version
Für eine neue Politik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1975) : Für eine neue Politik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 5, pp. 220-221

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/134810>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Für eine neue Politik

Eine Untersuchung der Bundesanstalt für Geowissenschaften förderte scheinbar Erstaunliches zutage: Die Entwicklungsländer spielen als Erzeuger von Nicht-eisenmetallen nur eine untergeordnete Rolle. Weniger überraschend als diese längst bekannte Tatsache war die Erkenntnis, die daraus in der Bundesrepublik gewonnen wurde. Eine Kartellbildung der Erzeugerländer wie bei Rohöl – so folgte man nämlich – sei somit kaum möglich.

Die Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik sind schnell gezogen. Denn zusammen mit der Preisabschwächung auf den Rohstoffmärkten legt die Abwiegung der Kartellierungsgefahr nahe, wieder zur alten Rohstoffpolitik des laissez-faire zurückzukehren. Die Rohstoffhaussa und ihre politischen Begleiterscheinungen werden als nahezu einmalige Sonderentwicklungen hingestellt, deren Wiederholung äußerst unwahrscheinlich ist. Die vielfältigen Forderungen, die in jüngster Zeit vor allem von Entwicklungsländern in Form eines „integrierten Rohstoffprogramms“ erhoben wurden, können daher weitgehend abgelehnt werden.

Bei solchen Überlegungen ist allzu offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens. Nur so ist es verständlich, daß wichtige Zusammenhänge völlig vernachlässigt wurden. Denn entscheidend für die Möglichkeit einer Kartellbildung ist nicht allein die Produktionssituation, sondern auch die Verbraucherseite. Wenn z. B. die Hauptproduzenten eines Rohstoffs gleichzeitig Nettoimporteure sind, kann auch für sie eine Abhängigkeit von relativ unwichtigen Erzeugerländern vorhanden sein. Außerdem läßt sich gerade im Rohstoffsektor keine strikte Trennung der Interessen von Entwicklungs- und Industrieländern vornehmen. Hier gehen die Vorstellungen der meisten Erzeugerländer bereits seit geraumer Zeit in eine Richtung. Industrieländer mit erheblichen Rohstoffreserven stehen daher den Bestrebungen der Entwicklungsländer nach einer Erhöhung des Preisniveaus und Verminderung der Preisschwankungen weit weniger ablehnend gegenüber als die rohstoffarme Bundesrepublik.

Die Möglichkeit neuer Schwierigkeiten im Rohstoffsektor scheint insofern noch keineswegs so eindeutig ausgeschlossen, wie man aus der Interpretation einiger Produktionszahlen ver harmlosend schließen möchte. Schon deshalb muß ernsthaft überlegt werden, inwieweit Forderungen nach einem integrierten Rohstoffprogramm von deutscher Seite im eigenen Interesse abgelehnt werden sollten. Eine Politik, die stets nur die Notwendigkeit der Erhaltung des Marktmechanismus betont sowie friedliches und humanitäres Zusammenleben beschwört, läuft Gefahr, in eine Sackgasse zu geraten und sich selbst zu isolieren.

Von den Gegnern der integrierten Rohstoffpolitik wird zumeist betont, daß allein zur Finanzierung der Lagerhaltung für Rohstoffe ein Anfangsbetrag von etwa 13 Mrd. \$ notwendig wäre. Dieses Argument ist schwer zu entkräften. Ihm läßt sich wohl nur entgegenhalten, daß es bei den Rohstoffproblemen nicht allein um Fragen der eigenen Versorgung geht, sondern auch und insbesondere um die grundsätzliche Ausgestaltung der Beziehungen zu den Entwicklungsländern und damit um die zukünftige Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung.

Bei allen Vorteilen, die durch die liberale Ausrichtung der Weltwirtschaft seit dem zweiten Weltkrieg vor allem in den Industrieländern zu verzeichnen sind, ist eines nicht zu leugnen: Die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung konnte das Gefälle

zwischen armen und reichen Staaten nicht beseitigen. Der Abstand ist im Gegenteil noch größer geworden. Neben der armen „Dritten Welt“ gibt es heute eine für die Entwicklung aus eigener Kraft als nahezu hoffnungslos anzusehende „Vierte Welt“. Ein Festhalten an der bestehenden Ordnung und eine entsprechend geringe Konzessionsbereitschaft zur Änderung von ehernen Prinzipien bedeutet für die Zukunft im Grunde nichts anderes, als sich mit dieser Situation abzufinden.

Sollen „internationale Kooperation“ und „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ nicht zum leeren Gerede entarten, so muß man sich darüber klar sein, daß eine Politik zur Verminderung und Beseitigung des Einkommensgefälles nicht nur grundlegende Änderungen bestehender Strukturen und Verhaltensweisen erfordert, sondern auch Geld kostet. Gerade ein durch seine internationalen Verflechtungen im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit stehendes Land wie die Bundesrepublik wird überlegen müssen, ob es weiterhin neue Bestrebungen abbremsen soll oder einen neuen Kurs einschlagen könnte.

Wird die „freie Marktwirtschaft“ nicht als das unbedingt und immer verbindliche Leitbild angesehen, das es ohnehin auch in der westlichen Welt schon seit langem nicht mehr ist, so ist eine politische Kursänderung nicht einmal besonders schwierig. Es erscheint durchaus vorstellbar, daß sich die Bundesrepublik ohne Einschränkungen für Rohstoffabkommen einsetzt. Sie kann auch die Bildung von Produzentengemeinschaften unterstützen, insbesondere dann, wenn die Erzeugerländer ihrerseits Liefergarantien geben. Und es dürfte ihr wenig Schwierigkeiten machen, die Souveränität der Entwicklungsländer über ihre Ressourcen und auch ihr Recht auf Verstaatlichung vollständig anzuerkennen. Warum eigentlich muß man hier stets auf der Einhaltung internationaler Rechtsnormen beharren, wenn bilaterale Kapitalschutzabkommen möglich sind und Unternehmen sich durch Kapitalanlagegarantien absichern können?

Eine derartige Politik müßte – möglicherweise beschleunigte – strukturpolitische Änderungen in den Industriestaaten in Kauf nehmen. Sie würde außerdem zu einer Benachteiligung der rohstoffarmen Entwicklungsländer führen. Denn sie wären in besonderem Maße von erhöhten Aufwendungen für existenznotwendige Rohstoffe betroffen. Ein Ausweg kann hier nur in der Konzentration der traditionellen Entwicklungshilfe in Form von technischer Hilfe und Kapitalhilfe auf diese Staaten gesehen werden. Demgegenüber wären Rohstoffländer und fortgeschrittenere Entwicklungsländer vor allem durch Maßnahmen im Handelsbereich zu fördern.

Solche Vorstellungen mögen heute noch reichlich utopisch klingen. Aber sind sie eigentlich weniger teuer und weniger erfolgversprechend als die bisherige Politik auf diesem Gebiet? Das zumindest läßt sich bezweifeln. Denn einige Vorteile liegen klar auf der Hand. Die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik würde nämlich gestärkt und verbessert, schon weil eine deutlichere Konzentration von technischer Hilfe und Kapitalhilfe einerseits und Handelshilfe andererseits auf bestimmte Ländergruppen möglich wäre.

Wesentliche Fortschritte ließen sich vor allem für die künftigen außenpolitischen Beziehungen erwarten. Zwar kann das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Entwicklungsländern bisher noch als nahezu spannungsfrei bezeichnet werden, doch bringt ein starres Beharren auf den traditionellen Vorstellungen die Gefahr mit sich, auf der Weltbühne in die Ecke der „Reaktionäre, Kolonialisten und Imperialisten“ abgedrängt zu werden. Eine derartige Beurteilung durch die in den Gremien der Vereinten Nationen geeint auftretenden Entwicklungsländer kann nicht erwünscht sein. Außerdem entspricht sie in keiner Weise der von der Bundesrepublik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften eingeschlagenen Politik, die sich im Abkommen von Lomé niederschlug.

Nachdem in den Beziehungen zum Ostblock eine deutliche Entspannung eingetreten und mit den westlichen Staaten eine freundliche Zusammenarbeit sichergestellt ist, gewinnt die Gruppe der Entwicklungsländer erheblich an Bedeutung. Dies gilt für die Bundesrepublik ebenso wie für die übrigen Industrienationen. Alle Staaten werden sich deshalb intensiv mit den Vorstellungen der Dritten und Vierten Welt auseinandersetzen haben. Eine breite Diskussion über den Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist unausweichlich. Sie kann durch Ablehnung der Rohstoffpolitik, die einer ihrer Hauptbestandteile ist, allenfalls verzögert werden. Die Bundesrepublik sollte bald entscheiden, ob sie die Ausgestaltung einer neuen Ordnung ablehnen soll oder konstruktiv mitwirken will.